

BERICHT DES UMWELTDACHVERBANDES März 2021

Umweltmythos Österreich!?



Foto: © mRGB/Shutterstock.com

Umweltpolitische Ereignisse wie das „Nein zu Atomkraft“ Ende der 1970er-Jahre oder die Besetzung der Hainburger Au 1984 zur Verhinderung eines geplanten Wasserkraftwerks sind vielen Menschen noch äußerst lebendig in Erinnerung. Sie läuteten einen demokratiepolitischen Bewusstseinswandel in der Gesellschaft ein und machten Österreich zum internationalen Umweltvorreiter. In wie weit der Mythos des „Umweltmutterlandes Österreich“ heute noch berechtigt ist, muss aber sehr differenziert betrachtet werden.

Blickt man aus weiter Ferne, etwa aus einem Raumschiff im All, auf Österreich, dann kann die Alpenrepublik nur als Umwelt-Sündenfall deklariert werden. Wie in jedem westlichen Land basieren die heimischen Produktions- und Konsummuster auf weltweiter Ressourcenausbeutung und damit einhergehender Naturzerstörung. Die Beschleunigung unserer wachstumsorientierten, naturverbrauchenden Wirtschaftsweise hat sich nicht eingebremst, wird



im Gegenteil immer schneller. Die Konsequenzen sind die Klima- und die Biodiversitätskrise sowie das globale Bevölkerungswachstum.

Wenn wir bei dem All-Bild bleiben und ein Stück näher zur Erde fliegen, sodass sich nicht mehr die volle Weltkugel aber ganz Europa erkennen lässt, wird allerdings eine riesige Chance augenscheinlich: Die Europäische Union hat das Potenzial, dieses umweltzerstörerische Wirtschaftswachstum zu verändern. Denn als weltweit zweitgrößter Importeur und Exporteur von Waren hat die EU eine massive Wirkkraft auf den globalen Markt. Die aktuellen Pläne der EU, allen voran der Green Deal, sind für die notwendigen Veränderungsschritte als wirksame Maßnahmen zu bewerten – unter der Voraussetzung, dass die EU-Mitgliedsstaaten die verabschiedeten Pläne auch tatsächlich umsetzen.

Wenn wir zu guter Letzt mit unserem Raumschiff in die Erdatmosphäre eindringen, um den Blick allein auf Österreich zu richten, zeigt sich eine facettenreiche Entwicklung der heimischen Umweltpolitik. Der Beitritt Österreichs zur EU im Jahr 1995 brachte neue Regelwerke auch für den nationalen Umwelt- und Naturschutz. Umgesetzt wurden die Gesetze allerdings oft nur unzureichend. Aktuell sind 22 Vertragsverletzungsverfahren der EU gegen Österreich allein im Umweltbereich anhängig. Eklatante Beispiele sind die mangelnde und immer wieder verzögerte Umsetzung der EU-Naturschutzrichtlinien oder der Aarhus-Konvention. Durch die Ziele der Fauna-Flora-Habitat Richtlinie wurde die neue Schutzgebietskategorie „Natura 2000“-Gebiet eingeführt. Seitdem wurden in Österreich zahlreiche neue Schutzgebiete ausgewiesen. Das Natura-2000-Barometer der EU-Kommission zeigt allerdings, dass Österreich im Vergleich zu den anderen EU-Mitgliedsstaaten den drittletzten Platz hinsichtlich ausgewiesener FFH-Schutzgebiete einnimmt, nur die Slowakei und Zypern hinken noch weiter hinterher. Was den Natura-2000-Anteil an der Staatsfläche angeht, liegt Österreich mit knapp 15 Prozent unter dem EU-Schnitt von 18,15 Prozent.

Umwelt- und Naturschutz gemeinsam umsetzen

In Mitteleuropa wurde der Natur- und Umweltschutz in Mitteleuropa sehr lange primär als bewahrender Schutz gelebt – „unter die Käseglocke stellen“. Ohne rechtzeitige Einbindung betroffener Stakeholder trug dies regelmäßig zu vermeidbaren Konfliktsituationen bei. Dieses Verständnis von Natur- und Umweltschutz hat sich im Lauf der Jahre allerdings zunehmend gewandelt: Der Ansatz „Mainstreaming Biodiversity“ zeigt etwa, dass die Ziele des Natur- und Umweltschutzes nur erreicht werden können, wenn alle Sektoren ihren Beitrag leisten. Natur- und Umweltschutz nicht als Ehrenamt einiger Weniger, sondern als Querschnittsmaterie vieler Betroffener – von der Gemeinde bis in die Vorstandsetagen der Unternehmen. Verstärkte Bemühungen eines solchermaßen sektorenübergreifenden Umwelt- und Naturschutzes können wesentlich dazu beitragen, die globalen Umweltherausforderungen als neu definiertes Umweltland Österreich erfolgreich zu adressieren.

Vom Umweltmusterland zum Schlusslicht?

Nationaler Umwelt- und Naturschutz beispielhaft betrachtet

Schutz der Wälder



Foto: © Angelika Schöbinger-Trauner

Österreich ist ein Waldland, knapp 50 Prozent der Bundesfläche sind von Wäldern bedeckt. Sie sorgen für gute Luft, sauberes Wasser, bieten Lebens- und Erholungsraum und sind zudem ein zentraler Klimaregulator: In Österreichs Wäldern sind rund 3,6 Milliarden Tonnen CO₂ gebunden. Das ist mehr als die 40-fache Menge CO₂, die in unserem Land jährlich ausgestoßen wird.

Allerdings: Damit bewirtschaftete Wälder ihr Leistungsspektrum voll ausspielen können, brauchen sie entsprechenden Schutz und Pflege, die sie jedoch nicht in ausreichendem Maß erhalten. Nicht am Standort (z. B. Boden, Klima, Höhenlage) orientierte Baumartenzusammensetzungen (vor allem Fichten-Monokulturen), Intensivnutzung und zu hohe Wildbestände haben dazu geführt, dass die Vielfalt und Stabilität in den Wäldern dramatisch gesunken sind: Nur 11 Prozent der österreichischen Wälder sind noch in natürlichem oder sehr naturnahem Zustand, zahlreiche Bestände insbesondere in Tieflagen gelten heute nicht als klimafit. Mit mindestens 120.000 Kilometern Forststraßen weist Österreich das weltweit wohl dichteste Forststraßennetz auf – ein zweifelhafter Ruhm.

Positive Entwicklung: Der Ende Jänner 2021 vorgestellte Waldhilfsfonds der Bundesregierung fokussiert auf genau diese Problematik: Geplant sind sowohl der Ausbau des Naturwaldreservatenetzes als auch Schutzmaßnahmen zur Förderung der Biodiversität, um artenreiche klimafitte Wälder zu fördern.

Im Bereich der Biodiversitätsförderung im Wirtschaftswald ist Österreich mit regionalen Pilotprojekten europaweit durchaus Vorreiterin: Das Projekt „Biodiversität und multifunktionale Bewirtschaftung im Wald“ erarbeitet praxistaugliche Handlungsempfehlungen für Waldbewirtschafter*innen zur Förderung von Arten und Lebensräumen. Für die Pilotregion – PEFC-Region 6 „Östliche Zwischenalpen“ – werden dazu auf Basis der Roten Listen Österreichs Leitbilder erstellt. Ziel ist es, das Konzept des Pilotprojektes mittelfristig in ganz Österreich umzusetzen.

Ausbau der Erneuerbaren



Foto: © Rido/Shutterstock.com

Im EU-Vergleich steht Österreich bezüglich des Energieanteils aus erneuerbaren Quellen grundsätzlich gut dar.

Allerdings: Der Ausbau der Erneuerbaren „hilft“ nur dann, wenn er mit einer tatsächlichen Energiewende einhergeht, die zudem naturverträglich ist. Denn Erneuerbare Energie mag „grün“ klingen, bedeutet aber dennoch Naturverbrauch. Aktuell wächst unser Energiehunger ungebrochen, sodass die zusätzliche Energie durch Erneuerbare nur den Anteil des

Energiezuwachsen decken kann. Ein gänzlicher Ersatz fossiler Energieträger durch Erneuerbare ist demnach ohne massive Energieeinsparung völlig illusorisch und die Erreichung der nationalen Klimaziele ungläubwürdig. Ein weiterer Ausbau Erneuerbarer ohne Naturschutzkriterien ist aus dieser Perspektive keinesfalls per se ein Akt echter Nachhaltigkeit.

Weitere Informationen: www.umweltdachverband.at/themen/klima-energie-und-ressourcen/naturvertraegliche-energiewende

Schutz der Biodiversität

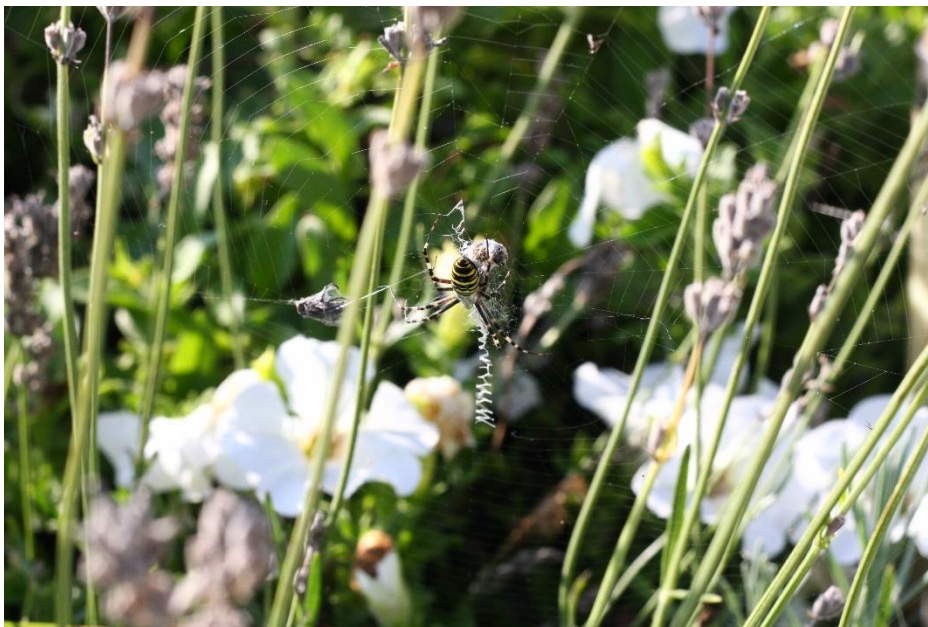


Foto: © Melanie Salzl

Im aktuellen „[State of Nature](#)“-Bericht (Oktober 2020) der Europäischen Umweltagentur liegt Österreich bezüglich des Erhaltungszustandes von EU-geschützten Arten europaweit auf dem vorletzten Rang. Und hätte Kroatien nicht für viele Arten „Status unbekannt“ angegeben, wäre Österreich sogar Klassenletzter. Dabei offenbart sich hierzulande ein erschütterndes Bild. Über 30 % der geschützten Arten sind in einem schlechten Erhaltungszustand, bei über 40 % wird der Erhaltungszustand als mangelhaft ausgewiesen. Diese aktuellen Zahlen des größten Gesundheitschecks der Natur, der jemals in der EU durchgeführt wurde, machen deutlich, dass Österreich zumindest in puncto Biodiversität längst kein Musterland mehr ist, im Gegenteil zum Nachzügler geworden ist. Verschärfend hinzukommt, dass im Gegensatz zur Klimakrise die mindestens ebenso dramatische globale Biodiversitätskrise national wie international nach wie vor zu wenig öffentliche Aufmerksamkeit findet. Dabei steht mit dem Verlust der Biodiversität nichts Geringeres als unsere Lebensgrundlage auf dem Spiel.

Faktor Landwirtschaft: Vom Rückgang der Arten- und Lebensraumvielfalt sind insbesondere ehemals artenreiche Agrarökosysteme betroffen. Dabei gilt die österreichische Landwirtschaft in puncto Nachhaltigkeit als europäischer Musterschüler. Ein Viertel aller landwirtschaftlichen Nutzflächen wird bereits biologisch bewirtschaftet. Allerdings reicht Bio (also insbesondere Verzicht auf chemisch-synthetische Pflanzenschutzmittel; hohes Maß an Tierwohl) alleine nicht aus, um dem Verlust der Artenvielfalt entgegenzuwirken. Es braucht dringend biodiversitätsfördernde Maßnahmen – sowohl in der konventionellen als auch in der biologischen Bewirtschaftung. Das Gute daran: Für beide Bewirtschaftungsformen gibt es erfolgversprechende praxistaugliche Maßnahmen.

EU-politischer Handlungsrahmen: Ursula von der Leyen bezeichnete eine gesunde Natur als „stärkste Verbündete im Kampf gegen den Klimawandel und Epidemien“. Nachdem die Ziele der vergangenen Biodiversitätsstrategie 2020 massiv verfehlt wurden, soll nun die neue Biodiversitätsstrategie 2030 den Rahmen für Verbesserung liefern (Ausweitung der Schutzgebiete, Halbierung der Pestizide, 25 % Biolandbau etc.). Die jüngsten Verhandlungen über die Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) brachten allerdings abermals Rückschläge für den Biodiversitätsschutz, da nicht wie erhofft umfassende ökologische Mindeststandards für alle Betriebe in Europa als Voraussetzung für Direktzahlungen vereinbart wurden.

Weitere Informationen: www.umweltdachverband.at/themen/naturschutz/biodiversitaet

Gewässerschutz



Foto: © Wolfgang Retter

In diesem zentralen Themenbereich lässt sich jedenfalls von einer immer wieder verzerrten Selbstdarstellung im Vergleich zur Realität sprechen. Österreich brüstet sich regelmäßig als vorbildliches Wasserland – das stimmt allerdings nur in puncto Trinkwasserqualität und Sauberkeit der Seen. Als Land der Flüsse ist Österreich schon lange nicht mehr musterhaft, und das selbstverschuldet. 60 % unserer Flüsse und Bäche verfehlen den guten ökologischen Zustand, der entsprechend der Vorgaben der EU-Wasserrahmen-Richtlinie bis zum Jahr 2027 zu erreichen ist. Die Umsetzung der EU-Wasserrahmen-Richtlinie ist brutal in Verzug. Österreich verbaut in rasantem Tempo seine letzten intakten Fließgewässer, vor allem durch Kraftwerke.

Weitere Informationen: www.umweltdachverband.at/themen/wasser

Schutz der Alpen



Foto: © Doris Pennetzdorfer

Die zentrale Lage der Alpen in Europa, ihre Abdeckung der österreichischen Landesfläche von beinahe zwei Drittel, prägt Mensch und Natur. Die abwechslungsreiche Landschaft beheimatet eine Vielzahl seltener Tier- und Pflanzenarten, speichert beträchtliche Mengen Trinkwasser und ist ein wichtiger Wirtschafts- und Lebensraum für die Bevölkerung. Der Klimawandel macht sich in den Alpen früher und stärker bemerkbar als in niedrigeren Lagen. Der Tourismus und die Energiewirtschaft drängen in immer abgelegene Gebiete mit hochsensiblen Lebensräumen und gefährden mit immer größer werdenden Vorhaben die Biodiversität. Trotz des Übereinkommens zum Schutz der Alpen (Alpenkonvention) kann nicht von einer nachhaltigen Entwicklung des Alpenraumes gesprochen werden. Projekte wie der Skigebietszusammenschluss

Pitztal/Ötztal, aktuell 88 (!) in Planung befindliche Lifte/Bahnen (Quelle: skiresort.at) oder Energieprojekte wie etwa das Pumpspeicherkraftwerk Kühtai 2/Sellrain-Silz zeigen, dass auch die letzten unberührten Gebiete der Alpen nicht vor einer Erschließung geschützt sind.

Weitere Informationen: www.cipra.org/de/cipra/oesterreich

Beteiligungsrechte von Umweltorganisationen



Foto: © BCFC/Shutterstock.com

Bereits 2005 hat Österreich die Aarhus-Konvention ratifiziert, die den Mitgliedern der Öffentlichkeit im Umweltbereich das Recht auf Zugang zu Umweltinformationen und Gerichten sowie auf Beteiligung an umweltbezogenen Entscheidungsverfahren einräumt. Die völkerrechtliche und unionsrechtliche Verpflichtung zur Umsetzung der Aarhus-Konvention wurde bislang jedoch nur in Teilbereichen erfüllt – und zog bereits entsprechende rechtliche Konsequenzen nach sich: Zwei Beschwerdeverfahren vor dem Aarhus Convention Compliance Committee (ACCC) und ein EU-Aarhus-Vertragsverletzungsverfahren. Im Mittelpunkt der Kritik steht dabei die rechtswidrige Beschränkung des Rechtsschutzes in Österreich auf Umweltverträglichkeitsprüfungsverfahren, IPPC-Verfahren und Umwelthaftungsverfahren.

Unter dem Druck zweier Aarhus-Beschwerdeverfahren und eines EU-Vertragsverletzungsverfahrens erfolgten 2018 erste Umsetzungsschritte zur Sicherstellung des Gerichtszugangs für Umweltorganisationen. Auf Ebene des Bundes wurden mit dem Aarhus-



Beteiligungsgesetz im Bereich der Umweltmaterien Abfall, Luft und Wasser erste begrüßenswerte Gesetzesnachbesserungen umgesetzt.

Die jüngste Novelle des Umweltverträglichkeitsprüfungs-Gesetzes (UVP-G) in der vorvorigen schwarz-blauen Legislaturperiode sorgte allerdings wiederum für verschärfte Rahmenbedingungen für NGOs. Der erste Entwurf der Novelle sah etwa eine Verpflichtung zur Offenlegung der Mitgliederdaten von NGOs vor, die nicht zuletzt aus Datenschutzgründen abgewendet werden konnte. Insgesamt bringt das novellierte UVP-Gesetz dennoch eine deutliche Schwächung der Umweltrechte, obwohl ohnehin nur bei 3 % aller UVP-Verfahren keine Projektgenehmigung erteilt wird. Das Umweltbundesamt ist seither nicht mehr Teil der Verfahren, stattdessen kommt mit den so genannten Standortanwälten eine neu konstruierte Verwaltungseinheit ins Spiel, die nur Pro-Argumente im Sinne der/des Projektwerber*in wiederholen darf.

Weitere Informationen: www.umweltdachverband.at/themen/umweltrecht

Über uns

Der **Umweltdachverband** engagiert sich für zentrale gemeinsame Umwelt- und Naturschutzinteressen seiner 36 Mitgliedsorganisationen und setzt sich unter anderem für die Erhaltung der Vielfalt an Genen, Arten und Ökosystemen (Biodiversität), eine naturverträgliche Energiewende und die Stärkung der ländlichen Entwicklung ein. Mit dem **Forum Umweltbildung** ist das österreichische Kompetenzzentrum für Bildung für nachhaltige Entwicklung und mit dem **EU-Umweltbüro** die zentrale Schnittstelle für europäische sowie nationale Umweltpolitik im Umweltdachverband angesiedelt. Der Umweltdachverband ist zudem Träger der Alpenschutzkommission **CIPRA Österreich**, der nationalen Vertretung der internationalen Alpenschutzkommission CIPRA International.

Kontakt

Web: www.umweltdachverband.at

Mail: office@umweltdachverband.at

Facebook: www.facebook.com/UmweltdachverbandOesterreich

Twitter: twitter.com/Umweltdachverb